

Initiative Wirtschaft nach der Sozialen Dreigliederung

Der Weg in ein neues Verhältnis von Wirtschaft und Politik – mit Stärkung der Wirtschaft und einer partizipativen Autonomie gegenüber dem Staat

Erstmals bedrohen, außerhalb von Kriegen, Entscheidungen der Politik unsere gesamte Wirtschaft und vernichten bereits zahlreiche Existenzen.

Aufgrund dieser prekären unternehmerischen Situation, aber auch der aller Arbeitnehmer, stellt sich die Frage: Darf und kann das überhaupt möglich sein, dass die Politik, ohne die Wirtschaft einzubeziehen, solche weitreichenden Entscheidungen alleine trifft?

Die Verhältnismäßigkeit ist nach dem Grundgesetz ein wichtiges Element der Politik und auch viele Verfassungsrechtler sehen das bereits sehr kritisch, was in der sog. Coronakrise geschehen ist.

Die zweite Frage lautet daher: Welche Möglichkeiten gibt es, dass die Wirtschaft als Gesamtorganismus autonomer wird, um dann auch mit einer Stimme gegenüber der Politik zu sprechen, um einerseits die Wirtschaft zu schützen und andererseits die Politik bei solchen Herausforderungen zu unterstützen ?

Ein Ansatz für eine solche Möglichkeit kommt aus der Sozialwissenschaft und heißt "Dreigliederung des Sozialen Organismus". Das bedeutet in diesem Kontext vor allem die saubere und klare Trennung von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen und auch Kompetenzen.

Die derzeitige „Corona-Krise“ zeigt deutlich die Problematik einer politischen Regelung wirtschaftlicher Zusammenhänge auf.

Es bedeutet Chance wie auch Notwendigkeit für alle Wirtschaftstreibenden, sich in einer eigenen Autonomie als gleichberechtigter Bereich gegenüber dem Staat zu stärken und gleichzeitig die Politik von ihren wesensfremden Aufgaben zu entlasten, zu denen sie keine Kompetenz hat und daher auch nicht die Macht darüber innehaben darf.

Dazu müssen Kompetenzen verlagert und eine starke Stimme gegenüber der Politik geschaffen werden. Zur Entscheidungsfindung müssen alle betroffenen Interessensvertretungen ohne politische Agenda einbezogen werden.

Was sind die derzeitigen Ereignisse und Gefahren?

- Der Staat hat massiv eingegriffen in das gesamte Wirtschaftsleben, ohne die Entscheidungen mit den Wirtschaftstreibenden aller Branchen abzustimmen
- Er hat damit unzählige Unternehmen und Unternehmer in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet und einen Teil davon in den Ruin getrieben
- Er hat unzähligen Unternehmen neue Schulden aufgebürdet

- Er hat Millionen von Arbeitsplätzen riskiert
- Er hat eine Rezession herbeigeführt
- Er hat eine massive Überschuldung der Gesellschaft in die Wege geleitet, die letztlich von der Wirtschaft bezahlt werden muss, denn nur Unternehmen liefern die Einnahmen um Staatsschulden zu tilgen!
- Es drohen Staatsbeteiligungen und damit staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, die unabsehbar sind und gewaltigen Schaden anrichten werden
- Es werden wirtschaftliche Entscheidungen von der Politik zunehmend beeinflusst, was bekanntermaßen durch wirtschaftliche Inkompetenz wirtschaftliches Chaos bewirken wird

→ Alle diese Entscheidungen entstanden noch dazu intransparent, unüberlegt, nicht nachhaltig, inkompetent, da nicht evidenzbasiert und in der Abfolge unlogisch!

→ Selbst in Kriegszeiten hat es niemals derartige Eingriffe in die Wirtschaft gegeben – im Gegenteil: Gerade die Wirtschaft als Träger allen Wohlstandes wurde in solchen Zeiten gestärkt und nicht geschwächt.

→ Die Gesetze wurden durch eine ausgerufene Pandemie ohne Konsequenz derart geändert, dass der Staat über sog. Seuchengesetze jederzeit die volle Kontrolle über die Wirtschaft erlangt bzw. sich durch Lobbyisten gezielt beeinflussen lässt!

1. Es ist völlig klar, dass dies aus wirtschaftlicher Sicht nie in dieser Weise hätte geschehen dürfen, ohne dass die Stimme der Wirtschaft mit einbezogen worden wäre.

2. Es ist aber auch offensichtlich, dass die Wirtschaft keine einheitliche Stimme hat, die hätte einbezogen werden können. Es gibt zwar viele Wirtschaftsverbände, aber keine einheitliche Stimme dieser Verbände.

→ Es zeigt sich hier, dass eine solche Stimme notwendig ist.

→ Die Lösung liegt eindeutig darin, dass eine solche Stimme in der Gesamtwirtschaft geschaffen werden muss.

→ Eine „brüderliche“ Wirtschaft hat als Basis die Berücksichtigung der Menschen hinter der Wirtschaft, die ihr Leben und das aller anderen mit ihrem wirtschaftlichen Tun versorgen!

→ Wir wollen mit dieser Initiative diesen „Nationalen Wirtschaftsverband“ ins Leben rufen, damit die Wirtschaft in Zukunft stets mit einer gleichberechtigten Stimme der Politik und ihrer Gesetzgebung entgegen treten kann, um gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

→ Dabei dürfen nicht nur Konzerne oder Handelsketten entscheiden, sondern es müssen ALLE Wirtschaftsgruppen miteinbezogen sein. Ihre Struktur baut sich regional-national-international und global, unabhängig von Politischen Interessen, auf.

→ Ihr Leitgedanke muss brüderlich (individuell, nachhaltig, menschenwürdig, ökologisch) und zukunftsweisend sein.

Der Wirtschaftsrat – Unternehmer für Neugestaltung

In der Sozialen Dreigliederung vertritt ein sog. „Wirtschaftsrat“ das Wirtschaftsleben autonom als Ganzes in Form einer „Korporation“ ähnlich des Staates selbst. Es werden somit eine Fülle von Gremien und Entscheidungskompetenzen aus der derzeit bestehenden Politik herausgelöst.

In diesem Sinne braucht es wache Geister für eine Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens.

Wir laden daher dazu ein und rufen auf, bei dieser Initiative mitzuwirken, um eine solche brüderliche Wirtschaft der Zukunft zu schaffen.

Initiative Kraftwerk Mensch
www.kraftwerk-mensch.org